

Freiheit und Menschenwürde

Liebe Anwesende des Politfestivals 2015

Es freut mich, dass ich heute hier stehen darf - vor all diesen Jungpolitikern und Interessierten. Ich möchte euch zur Thematik Freiheit und Menschenwürde einige Gesichtspunkte darlegen.

Uns wird gesagt, dass wir in einer freien Schweiz leben. In einer Demokratie, in der jeder Schweizer Bürger und Bürgerin seinen Teil zum politischen Geschehen beitragen kann. Jeder hier hat das Recht auf Schulbildung, auf Arbeit, auf soziale Leistungen, auf Religionsfreiheit und vieles mehr. So besitzen wir ein Bild von einer freien Schweiz in der Chancengleichheit herrscht, damit jeder, wenn er denn genügend hart dafür arbeitet, alles erreichen kann, was er oder sie will.

Tatsache ist, dass sich jeder Schweizer Bürger und Bürgerin sehr beschränkt an den politischen Entscheiden beteiligen kann. Die grossen Parteien haben die grösste Entscheidungskraft und prägen so die politische Landschaft nach ihren eigenen parteilichen Interessen und den Interessen der Lobbyisten.

Ja, jeder hat die Freiheit eine Schulausbildung zu durchlaufen. Jedoch muss heute für viele Berufe eine Matura vorgewiesen werden. Als Kindergärtnerin muss das Gymnasium absolviert werden. Dadurch wird vielen qualifizierten Leuten die Möglichkeit genommen diesen Beruf auszuüben, da sie in diesem Schulsystem keine Chancen haben zu bestehen. Dies, weil sie vielleicht fehlende Stärken in der Mathematik und der Grammatik vorweisen. Es zählen eben Noten, Leistungen also messbare Fähigkeiten mehr als Charaktereigene Stärken wie Geduld, Liebe, Klarheit und vieles Andere.

Dennoch haben wir ja das Recht auf Arbeit und die Möglichkeit, irgend einen Beruf zu erlernen, der Geld einbringt. Aber was ist mit Männern und Frauen die nach ihrem 50ten Lebensjahr die Arbeitsstelle aus unterschiedlichen Gründen verlieren und dann nicht mehr eingestellt werden. Für unsere Wirtschaft sind sie nicht mehr brauchbar, da sie zu alt und zu teuer sind. Einige werden zu Sozialfällen und andere treffen wir dann bettelnd auf den Strassen Berns an. Solche Menschen haben in unserem Wirtschaftssystem keinen Platz mehr.

Gut, dass wenigstens die Frauen heute die Freiheit haben unabhängig zu sein und Karriere zu machen. Aber sie besitzen nicht mehr die Freiheit auf ihre Kinder aufzupassen und sich selber um sie zu kümmern. Es gibt immer mehr alleinerziehende Elternteile, die ihre Kinder in eine Fremdbetreuung geben müssen, da sie sonst zu wenig Einkommen haben. Das Selbe gilt für intakte Familien, bei denen ein 100% Einkommen nicht reicht, und somit das andere Elternteil auch arbeiten muss. Sie arbeiten hart und viel, damit es gerade so reicht und sehen die Kinder nur zeitweise.

Immerhin sind die Frauen für den Arbeitsmarkt interessant, da sie in diversen Berufen immer noch weniger kosten als die Männer. Wo werden hier Familien, Elternteile und Kinder gewürdigt?

Also komme ich zurück zur Politik, die doch für den Menschen dienen soll - und nicht umgekehrt. Eine Politik, die diese Umstände sieht und sich fragt, was verändert werden muss, damit Menschen wieder Raum zum leben haben und nicht von wirtschaftlichen Anforderungen erdrückt werden. Ich sehe aber eine politische Landschaft in der es um parteiliche Interessen, um Macht und Rivalität geht. Es geht um Sitze, um Stimmen und Anhänger.

Wo geht es da noch um den Menschen selbst, um die Menschenwürde und den Wunsch für diese Dinge einzustehen - und zwar unabhängig von parteilichen Differenzen. Sonst sind wir soweit, dass es um Ideologien geht und nicht mehr um das tatsächliche Finden von Lösungen.

In unserer Bundesverfassung steht:

„...gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.“

Es geht doch darum die Menschen zu lieben und zu würdigen. Doch wir haben unsere Politik nach der Wirtschaft und deren Interessen ausgerichtet und wir sprechen von ihr als sei die Wirtschaft ein Lebewesen oder gar eine Gottheit, welche Opfer verlangt, gar Menschenopfer. Dabei ist sie von Menschen erschaffen worden und sollte den Menschen dienen - und nicht umgekehrt.

Also - kommen wir zurück zu einer Politik, die sich nicht über Parteien allein definiert, sondern über Politiker und Politikerinnen, die das Wohl für die Bevölkerungen anstreben und nicht ihre eigenen Interessen verfolgen, damit sie gemeinsam Lösungen finden und das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung wieder erlangen.